



Landratsamt Straubing-Bogen · Postfach 0463 · 94304 Straubing

Gegen Empfangsbekanntnis

Gemeinde Leiblfing

Herrn ersten Bürgermeister o. V. i. A.

Schulstraße 6

94339 Leiblfing

**Straubing, 16.12.2022**

**Wasserrecht**

AZ: 21-6411/2

Michaela Groß

Zimmer 240

Telefon 09421/973-140

Telefax 09421/973-416

gross.michaela2@landkreis-  
straubing-bogen.de

Vollzug der Wasser- und Abwasserabgabengesetze;  
Einleiten von Niederschlagswasser aus einem Teilentwässerungsgebiet des Ortes Leiblfing  
(Oberwaltinger Straße/Schule/Feuerwehrgerätehaus) in den Eschlbacher Wiesenbach durch die  
Gemeinde Leiblfing, Landkreis Straubing-Bogen

Anlagen

1 geprüfte Antragsfertigung i. R.

1 Formblatt „Empfangsbekanntnis“ g. R.

1 Kostenrechnung

Das Landratsamt Straubing-Bogen erlässt folgenden

**B e s c h e i d:**

1. **Gehobene Erlaubnis**

1.1 **Gegenstand der Erlaubnis, Zweck und Plan der Gewässerbenutzung**

1.1.1 **Gegenstand der Erlaubnis**

Der Gemeinde Leiblfing – Unternehmensträgerin –, Schulstraße 6, 94339 Leiblfing, wird  
bis auf Widerruf die gehobene Erlaubnis nach § 15 WHG zur Benutzung des Eschlba-  
cher Wiesenbaches (Gewässer III. Ordnung) durch Einleiten von Niederschlagswasser  
erteilt.

1.1.2 **Zweck der Benutzung**

Die beantragte Gewässerbenutzung dient der Beseitigung des gesammelten Nieder-  
schlagswassers aus einem Teilentwässerungsgebiet des Ortes Leiblfing (Oberwaltinger  
Straße/Schule/Feuerwehrgerätehaus).

**Landratsamt Straubing-Bogen**

Leutnerstraße 15 · 94315 Straubing

Telefon 09421/973-0

[landratsamt@landkreis-straubing-bogen.de](mailto:landratsamt@landkreis-straubing-bogen.de)

[www.landkreis-straubing-bogen.de](http://www.landkreis-straubing-bogen.de)

**Sprechzeiten:**

Montag bis Freitag 7.<sup>45</sup> - 12.<sup>00</sup> Uhr, Montag 13.<sup>00</sup> - 16.<sup>00</sup> Uhr,

Donnerstag 13.<sup>00</sup> - 17.<sup>00</sup> Uhr

Schalterschluss in der Zulassungsstelle eine halbe Stunde vor Ende der Sprechzeit.

Sie erreichen uns mit dem Stadtverkehr Straubing, Linie 3 und mit der Bahn, Haltestelle Straubing-Ost

### 1.1.3 **Plan**

Der Benutzung liegt die Genehmigungsplanung vom 19.03.2021 der Trummer Beraten und Planen GmbH, Wittelsbacherstraße 26, 94315 Straubing, nach Maßgabe der vom Wasserwirtschaftsamt Deggendorf durch Roteintragung vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen zugrunde.

Die Planung vom 19.03.2021 umfasst entsprechend dem Inhaltsverzeichnis:

- Erläuterungen,
- Qualitative Beurteilung DWA-M 153,
- Bemessung Rückhaltevolumen DWA-A 117,
- Übersichtslageplan M 1 : 500,
- Lageplan M 1 : 200 und
- Längsschnitt – Schmutzwasser M 1 : 50.

Die Planunterlagen sind mit dem Prüfvermerk des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf vom 26.09.2022 und dem Genehmigungsvermerk des Landratsamtes Straubing-Bogen vom 16.12.2022 versehen.

Danach wird das anfallende Niederschlagswasser in Regenwasserkanälen gesammelt und über ein System aus unterirdischen Rückhalterigolen und ein Regenrückhaltebecken gedrosselt bei der

Einleitungsstelle E 1

auf der Flur Nr. 207, Gemarkung und Gemeinde Leiblfing, in den Eschlbacher Wiesenbach eingeleitet.

### 1.1.4 **Beschreibung der Anlage**

Die erlaubte Gewässerbenutzung dient der Beseitigung des gesammelten Niederschlagswassers aus einem Teilentwässerungsgebiet des Ortes Leiblfing (Oberwältiger Straße/Schule/Feuerwehrgerätehaus)“. Es handelt sich um eine bestehende Einleitungsstelle.

Das Niederschlagswasser wird in Regenwasserkanälen gesammelt, über Rigolenboxen zwischengespeichert und anschließend über ein Regenrückhaltebecken gedrosselt in den Eschlbacher Wiesenbach eingeleitet.

Die Sammlung und Ableitung des Abwassers erfolgt im Trennverfahren. Das anfallende Schmutzwasser wird in der Kläranlage Leiblfing behandelt.

## 1.2 **Inhalts- und Nebenbestimmungen**

### 1.2.1 **Dauer der Erlaubnis**

Die Erlaubnis beginnt am 01.01.2023 und endet am 31.12.2043.

## 1.2.2 Umfang der erlaubten Benutzung für das Einleiten von Niederschlagswasser

Aus der zulässigen hydraulischen Gewässerbelastung an der Einleitungsstelle ergeben sich folgende Anforderungen:

Bezeichnung der Einleitung	Bezeichnung der Rückhalteeinrichtungen	Erforderliches Retentionsvolumen (m³)	Zulässiger Drosselabfluss Q <sub>dr</sub> (l/s)	maximale Einleitungsmenge in den Vorfluter (l/s)
E1	Boxrigolen	32	17	34
	Regenrückhaltebecken	134	17	

Als Überschreitungshäufigkeit für den Bemessungslastfall wurde  $n = 0,5$  (1/a) zugrunde gelegt.

1.2.3 Es darf nur Niederschlagswasser von Flächen abgeleitet werden, die nicht eine über dem üblichen Maß liegende Verschmutzung aufweisen (z. B. Straßen mit geringer Schmutzbelastung, Dachflächen, Hofbefestigungen, Zufahrten u. a.). Die Salzstreuung beim Winterdienst ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

1.2.4 Die Unternehmensträgerin hat sämtliche Anlageteile stets in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten. Die Verkehrsflächen und die Regenwassereinläufe (z. B. Straßensinkkästen, Hofeinläufe usw. einschließlich Schmutzfänger) sind nach Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich, zu reinigen.

## 1.2.5 Betrieb und Unterhaltung

1.2.5.1 Für Betrieb, Unterhaltung und Überwachung der Abwasseranlagen ist in ausreichender Zahl zuverlässiges Personal zu beschäftigen, das eine geeignete Ausbildung besitzt.

1.2.5.2 Der Bereich der Einleitungsstelle ist naturnah und fischfreundlich zu gestalten. Soweit ufersichernde Maßnahmen erforderlich sind, sind diese in ingenieurbilogischer Bauweise auszuführen. Ein gleichmäßiges Auslegen mit Wasserbausteinen bzw. eine Pflasterung der Ufer und des Gewässerbettes sind nicht zulässig.

## 1.2.6 Eigenüberwachung

Es sind mindestens Überwachungen, Aufzeichnungen und Vorlageberichte nach der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung EÜV) in der jeweils gültigen Fassung vorzunehmen.

Gemäß Eigenüberwachungsverordnung sind Rückhalteeinrichtungen zumindest nach stärkeren Regenereignissen zu kontrollieren, besondere Vorkommnisse sind im Betriebstagebuch schriftlich festzuhalten und der plangemäße Betriebszustand ist wiederherzustellen.

## 1.2.7 Dienst- und Betriebsanweisung

Die Unternehmensträgerin muss eine Dienstanweisung und eine Betriebsanweisung ausarbeiten und regelmäßig aktualisieren. Dienst- und Betriebsanweisungen sind für das Betriebspersonal zugänglich an geeigneter Stelle auszulegen und dem Landratsamt Straubing-Bogen sowie dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf auf Verlangen vorzulegen. Wesentliche Änderungen sind mitzuteilen.

Die Dienstanweisung regelt den Dienstbetrieb und muss Einzelheiten zu Organisation, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Mitarbeiter enthalten. Des Weiteren sind darin Regelungen zum Verhalten im Betrieb zur Vermeidung von Unfall- und Gesundheitsgefahren zu treffen.

In den Betriebsanweisungen müssen Vorgaben zur Durchführung des regelmäßigen Betriebs mit Wartung und Unterhaltung sowie zur Bewältigung besonderer Betriebszustände enthalten sein. Dazu gehören u. a. Alarm- und Benachrichtigungspläne für den Fall von Betriebsstörungen. Der Mindestumfang nach den einschlägigen technischen Regeln ist zu beachten.

#### **1.2.8 Anzeigepflichten**

- 1.2.8.1 Wesentliche Änderungen gegenüber den Antragsunterlagen bezüglich der Menge und Beschaffenheit des anfallenden Abwassers, Änderungen der baulichen Anlagen sowie der Betriebs- und Verfahrensweise der Abwasseranlagen, soweit sie sich auf die Ablaufqualität auswirken können, sind unverzüglich dem Landratsamt Straubing-Bogen und dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf anzuzeigen.

Außerdem ist rechtzeitig eine erforderliche bau- und wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis mit den entsprechenden Unterlagen zu beantragen.

- 1.2.8.2 Außerbetriebnahmen (z. B. durch Wartungs- oder Reparaturarbeiten) der Anlagen oder andere Maßnahmen (z. B. Spülung des Kanalsystems), bei denen eine zusätzliche Gewässerverschmutzung nicht ausgeschlossen werden kann, oder bei der mit einer erhöhten Belastung des Gewässers gerechnet werden muss, sind vorab, möglichst frühzeitig (mindestens 14 Tage vorher), dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf und dem Landratsamt Straubing-Bogen sowie den betroffenen Beteiligten (z. B. Fischereiberechtigten) anzuzeigen.

Die Anzeige gibt keine Befugnis zur Überschreitung des Umfangs der erlaubten Benutzung. Kann der Umfang der erlaubten Benutzung vorübergehend nicht eingehalten werden, ist vorher eine ergänzende beschränkte Erlaubnis zu beantragen. Eine nachträgliche Benachrichtigung ist nur in Notfällen zulässig.

- 1.2.8.3 Unterhaltungsmaßnahmen am Vorfluter (z. B. Räumung, Entkrautung, etc.) sind dem Fischereiberechtigten rechtzeitig (mindestens zwei Monate vor Beginn der Unterhaltungsmaßnahme) schriftlich mitzuteilen.

#### **1.2.9 Unterhaltung und Ausbau**

Die Unternehmensträgerin hat das Auslaufbauwerk sowie die Bachufer von 5 m oberhalb bis 10 m unterhalb der Einleitungsstelle im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt und dem ansonsten Unterhaltungsverpflichteten zu sichern und zu unterhalten.

Darüber hinaus hat die Unternehmensträgerin nach Maßgabe der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen alle Mehrkosten zu tragen, die beim Ausbau oder bei der Unterhaltung des benutzten Gewässers aus der Abwasseranlage mittelbar oder unmittelbar entstehen.

1.2.10 **Betretungs- und Besichtigungsrecht**

Unbeschadet der behördlichen Überwachung und der sich daraus ergebenden Rechte nach § 101 WHG, Art. 58 BayWG und Art. 76 BayWG sowie Art. 14 Abs. 1 Nr. 3 Bay-AbwAG sind die Beauftragten der das Gewässer verwaltenden Behörde berechtigt, die Anlagen der Unternehmensträgerin jederzeit zu betreten und zu besichtigen.

2. **Abwasserabgabe**

Soweit die Anforderungen des zulassenden Bescheides erfüllt sind, besteht für diese Einleitung Abgabefreiheit.

3. **Einwendung**

Die Einwendungen von Frau Christine Brand, Oberwaltinger Straße 35, 94339 Leiblfing, werden als unbegründet zurückgewiesen.

4. **Kosten**

4.1 Die Unternehmensträgerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

4.2 Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von 150,00 Euro festgesetzt.

Die Auslagen betragen 657,45 Euro.

**Gründe:**

I.

Der Gemeinde Leiblfing wurde mit dem Bescheid des Landratsamtes Straubing-Bogen vom 09.02.2001, Az.: 42-641/10-2, die gehobene Erlaubnis zum Einleiten von Niederschlagswasser aus einem Teilentwässerungsgebiet des Ortes Leiblfing (Oberwaltinger Straße/Schule) in den Eschlbacher Wiesenbach erteilt. Die gehobene Erlaubnis war ursprünglich bis zum 31.01.2022 befristet und wurde übergangsweise mit dem Bescheid des Landratsamtes Straubing-Bogen vom 21.01.2019, Az.: 42-6441/2, zuletzt geändert mit dem Bescheid vom 01.12.2020, Az.: 21-6411/2, als beschränkte Erlaubnis bis zum 31.12.2022 erteilt.

Um die Rechtsposition wieder dauerhaft zu sichern, beantragt die Gemeinde Leiblfing mit den Planunterlagen vom 19.03.2021 erneut die Erteilung einer gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis für das Einleiten von Niederschlagswasser.

Das Vorhaben wurde öffentlich bekannt gemacht.

Seitens der gehörten Fachstellen bestehen keine Einwendungen, wenn die unterbreiteten Inhalts- und Nebenbestimmungen Beachtung finden. Die Einwendung von Frau Christine Brand, Oberwaltinger Straße 35, 94339 Leiblfing, wird in diesem Bescheid entsprechend behandelt.

Der physische Erörterungstermin wurde aufgrund der andauernden COVID-19-Pandemie durch eine Online-Konsultation ersetzt. Diese wurde rechtzeitig vorher öffentlich bekannt gemacht und fand im Zeitraum vom 14.11.2022-04.12.2022 statt.

## II.

Das Landratsamt Straubing-Bogen ist zur Entscheidung über den Antrag der Unternehmensträgerin sachlich und örtlich zuständig (Art. 63 Abs. 1 Bayer. Wassergesetz -BayWG-, Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz -BayVwVfG-, Art. 11 Abs. 1 des Bayer. Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes -BayAbwAG-).

1. Die beantragte Einleitung von Niederschlagswasser aus einem Teilentwässerungsgebiet des Ortes Leiblfing (Oberwaltinger Straße/Schule/Feuerwehrgerätehaus) in den Eschlbacher Wiesenbach, bedarf als Gewässerbenutzung im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- der behördlichen Erlaubnis (§ 8 Abs. 1 i. V. m. § 10 WHG).

Die Voraussetzungen des § 25 WHG i. V. m. Art. 18 BayWG (Gemeingebrauch) liegen nicht vor.

2. Der Unternehmensträgerin konnte eine gehobene wasserrechtliche Erlaubnis (§ 15 WHG) erteilt werden, weil die Einwirkung auf das Gewässer durch die Niederschlagswassereinleitungen durch die Einhaltung der festgesetzten Inhalts- und Nebenbestimmungen (§ 13 WHG) so begrenzt werden kann, dass keine schädlichen Gewässeränderungen zu erwarten sind (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG).

Die allgemeinen Sorgfaltspflichten und die Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung (§§ 5 und 6 WHG) werden beachtet. Die Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer gemäß § 27 WHG sind durch die beantragte Einleitung nicht beeinträchtigt. Die beantragte Einleitung steht dem Ziel des guten ökologischen Zustands und des guten chemischen Zustands nicht entgegen. Eine Verschlechterung des ökologischen oder chemischen Zustands des Oberflächengewässerkörpers 1\_F365 ist durch die Einleitung nicht zu erwarten. Aufgrund der untergeordneten Auswirkung der Einleitung auf den Oberflächenwasserkörper ist eine Beeinträchtigung der Bewirtschaftungsziele nach § 27 WHG nicht zu erwarten.

Gemäß § 57 Abs. 1 WHG darf eine Erlaubnis für das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer nur erteilt werden, wenn die Menge und Schädlichkeit des Abwassers so gering gehalten wird, wie dies bei der Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist. Die Einleitung muss zudem mit den Anforderungen an die Gewässereigenschaften und sonstigen rechtlichen Anforderungen vereinbar sein und es müssen Abwasseranlagen oder sonstige Einrichtungen errichtet und betrieben werden, die erforderlich sind, um die Einhaltung aller vorgenannten Anforderungen sicherzustellen.

Niederschlagswasser soll ortsnahe versickert werden oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen (§ 57 Abs. 2 WHG).

Die Versiegelung von Flächen infolge einer Bebauung stellt einen Eingriff in den natürlichen Wasserhaushalt dar. Verdunstung und Grundwasserneubildung werden reduziert, der Oberflächenabfluss erhöht. Beide Entwicklungen widersprechen den wasserwirtschaftlichen Zielvorstellungen und den wasserrechtlichen Anforderungen.

Der natürliche Wasserhaushalt sollte möglichst erhalten bleiben. Hierzu sind die Siedlungsflächen vorzugsweise durchlässig zu gestalten. Gesammeltes Niederschlagswasser sollte in den meisten Fällen erst nach Rückhaltung und Versickerung – vorzugsweise flächenhaft über bewachsenen Oberboden – im Trennsystem abgeleitet werden.



Die Einleitung von gesammeltem Niederschlagswasser in ein Oberflächengewässer und das Grundwasser muss mit den Anforderungen an die Gewässereigenschaft vereinbar sein und erfordert eine Überprüfung hinsichtlich der qualitativen und quantitativen Beschaffenheit des einzuleitenden Niederschlagswassers und der Aufnahmefähigkeit des Gewässers bzw. des Untergrundes.

Die Abwasseranlagen dürfen gemäß § 60 Abs. 1 WHG nur nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden. Das Gewässer muss hinsichtlich Qualität und Quantität in der Lage sein, die Einleitung dauerhaft aufnehmen zu können.

Die beantragte Einleitung entspricht den Anforderungen der §§ 57 und 60 WHG.

Die emissionsbezogene Bewertung (Flächenkategorisierung und Behandlungserfordernis) wurde laut Antragsunterlagen nach DWA-Merkblatt M 153 betrachtet. Das Merkblatt DWA-M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“ wurde zwischenzeitlich mit dem Erscheinen der Weißdrucke der Arbeitsblätter DWA-A 102 Teil 1 und 2 bzgl. der Ausführungen zur qualitativen (stofflichen) Bewertung für Einleitungen von Niederschlagswasser in Oberflächengewässer ersetzt. Die stoffliche Emissionsbetrachtung (Nachweis der Mindestanforderungen) ist grundsätzlich ab sofort auf Grundlage von DWA-A 102 Teil 2 durchzuführen. Hinsichtlich der quantitativen Anforderungen ist bis auf weiteres noch das Merkblatt DWA-M 153 anzuwenden.

Bei weit fortgeschrittenen Verfahren können übergangsweise noch Nachweise nach DWA-M 153 akzeptiert werden.

Nach **qualitativer** Betrachtung ist keine Regenwasserbehandlung erforderlich. Hinsichtlich der **quantitativen** Belastung des Vorfluters ist die Abflussmenge nach DWA-Merkblatt M 153 zu drosseln.

Die Einstufung der angeschlossenen Flächen erfolgte vom Ingenieurbüro in Flächenkategorien, welche bei einer Betrachtung nach DWA-A 102 Teil 2 der Belastungskategorie I zugeordnet werden können. Bei Einstufung in Belastungskategorie I ist auch nach DWA-A 102 Teil 2 keine Regenwasserbehandlung erforderlich.

Das anfallende Niederschlagswasser wird in Regenwasserkanälen gesammelt und in ein System aus unterirdischen Rückhalterigolen ( $V_{\text{Rigolen}} = 32 \text{ m}^3$ ) abgeleitet. Um das Rigolenvolumen voll auszunutzen, wurde im Ablauf ein Schachtbauwerk mit Drosselöffnung und Überlaufschwelle errichtet. Von dort fließt das Niederschlagswasser zu einem Rückhaltegraben ( $V_{\text{Graben}} = 134 \text{ m}^3$ ) mit vorgeschaltetem „Absetzschacht“ Richtung Vorfluter.

Da der Rückhaltegraben nur einen geringen Höhenunterschied und eine fast waagrechte Ausbildung zum Vorfluter aufweist, wurde unter dem Graben eine 30 cm Rollkiesschicht eingebaut.

Bei einer Ortseinsicht des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf konnte das bestehende Rückhaltevolumen des Grabens -  $134 \text{ m}^3$  - rein optisch nicht nachvollzogen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die rechnerisch ermittelten Retentionsvolumina vorzuhalten sind!

Das Drosselorgan besteht aus einer Rohrleitung DN 150 (ungeregelte Drossel) mit einer Länge von 6,50 m und einer Abflussmenge von  $Q_{\text{dr}} = 17 \text{ l/s}$ .

Die Rückhalteeinrichtungen sind auf eine 2-jährliche Überstauhäufigkeit ausgelegt. Der rechnerische Maximalabfluss bei Volleinstau des Regenrückhaltegrabens darf 34 l/s nicht übersteigen.

Die Einleitung erfolgt über die Einleitungsstelle E1 in den Eschlbacher Wiesengraben (Vorfluter).

Die Prüfung ergab keinen Anhalt für die Notwendigkeit von Änderungen oder Ergänzungen bei der Bemessung und Konstruktion der Regenwasserableitung, sowie der Regenwasserrückhaltung. Mit den gewählten technischen Grundsätzen für die Sammlung und Ableitung des Abwassers besteht Einverständnis.

Eine Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit ist bei plangemäßer Errichtung und ordnungsgemäßigem Betrieb nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik und unter Berücksichtigung der festgesetzten Inhalts- und Nebenbestimmungen nicht zu erwarten. Durch die Abwassereinleitung ist eine im Hinblick auf die Nutzungserfordernisse erhebliche nachteilige Veränderung der Beschaffenheit des benutzten Gewässers nicht zu erwarten. Gegen die beantragte Einleitung von Regenwasser bestehen keine Bedenken. Pflichtgemäßes Ermessen wurde ausgeübt.

3. Voraussetzung, Inhalt und Rechtsnatur der gehobenen Erlaubnis, Wirkungen gegen Dritte:

Im vorliegenden Fall waren die Voraussetzungen für die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis gegeben, da die Gewässerbenutzung der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigung dient und daher im öffentlichen Interesse liegt (siehe hierzu § 15 Abs. 1 WHG).

Die gehobene Erlaubnis begründet kein Ingebrauchnahmerecht am Vorflutgewässer; es handelt sich vielmehr um die Einräumung einer widerruflichen Befugnis, ein Gewässer zu einem bestimmten Zweck in einer nach Art und Maß bestimmten Weise zu benutzen. Die Befugnis bewirkt grundsätzlich nur die Zulässigkeit der Benutzung im Rahmen des öffentlichen Rechts.

In die privatrechtliche Rechtsstellung Dritter wird lediglich insoweit eingegriffen, dass auf Grund privatrechtlicher Ansprüche zur Abwehr nachteiliger Wirkungen der Gewässerbenutzung nicht die Einstellung der Benutzung verlangt werden kann. Es können nur Vorkehrungen verlangt werden, die die nachteiligen Wirkungen ausschließen.

Soweit solche Vorkehrungen nach dem Stand der Technik nicht durchführbar oder wirtschaftlich nicht vertretbar sind, kann lediglich Entschädigung verlangt werden. Dies gilt nicht für privatrechtliche Ansprüche gegen den Gewässerbenutzer aus Verträgen oder letztwilligen Verfügungen und für Ansprüche aus dinglichen Rechten am Grundstück, auf dem die Gewässerbenutzung stattfindet (§ 16 Abs. 3 WHG).

Die Erlaubnis steht gemäß § 13 Abs. 1 WHG unter dem Vorbehalt, dass an die Niederschlagswassereinleitung Inhalts- und Nebenbestimmungen auch nachträglich gestellt werden können sowie auch zu dem Zweck zulässig sind, nachteilige Wirkungen für andere zu vermeiden oder auszugleichen (z. B. an die Beschaffenheit der in den Vorfluter eingeleiteten Stoffe).

Auf die nach § 89 des Wasserhaushaltsgesetzes bestehende Gefährdungshaftung und die sich hieraus ergebenden Risiken für die Unternehmensträgerin wird hingewiesen.



4. Zur Befristung der Einleitung

Entsprechend dem Vorschlag des amtlichen Sachverständigen hat das Landratsamt Straubing-Bogen in der Nr. 1.2.1 dieses Bescheides die Dauer der Erlaubnis bis zum 31.12.2043 festgelegt (§ 13 Abs. 1 WHG i. V. m. Art. 36 Abs. 2 Nr. 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz).

Damit wird den wirtschaftlichen Interessen und dem Vertrauensschutz der Unternehmensträgerin ebenso Rechnung getragen wie den in stetem Wandel unterliegenden Anforderungen im Gewässer- bzw. Umweltschutz. Die Befristung liegt im Rahmen der allgemein bei vergleichbaren Gewässerbenutzungen geübten Praxis.

Pflichtgemäßes Ermessen wurde ausgeübt.

5. Zu den Inhalts- und Nebenbestimmungen

Die in den Bescheid aufgenommenen Inhalts- und Nebenbestimmungen haben zum Ziel, nachteilige Wirkungen für die Ordnung des Wasserhaushalts zu vermeiden und darüber hinaus die technisch einwandfreie Gestaltung der der Gewässerbenutzung dienenden Anlagen sicherzustellen.

Um die Menge und Schädlichkeit des eingeleiteten Niederschlagswassers zu begrenzen und um einen sicheren und dauerhaften Betrieb der Abwasseranlage entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik sicherzustellen, wurden in den Inhalts- und Nebenbestimmungen Anforderungen an die zulässige hydraulische Gewässerbelastung aufgenommen.

Die Inhalts- und Nebenbestimmungen für den Betrieb sind erforderlich, um eine ordnungsgemäße Niederschlagswasserbeseitigung sicherzustellen. Mit ihnen werden notwendige Anforderungen für die Überwachung, die regelmäßige Wartung sowie Maßnahmen für Bedingungen, die von den normalen Betriebsbedingungen abweichen, festgelegt.

Die Prüfbemerkungen und Roteintragungen sind notwendig, um einen sicheren und dauerhaften Betrieb der Niederschlagswasseranlage entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik sicherzustellen.

Die Inhalts- und Nebenbestimmungen bezüglich wesentlicher Änderungen sind erforderlich, um einen ordnungsgemäßen Vollzug des Wasserrechts durch die Behörden zu gewährleisten.

Der Unternehmensträgerin als Gewässerbenutzer wird unter Nr. 1.2.9 der Inhalts- und Nebenbestimmungen die ordnungsgemäße Unterhaltung der den Auslaufbauwerken benachbarten Ufer übertragen (Art. 23 Abs. 3 BayWG).

6. Abwasserabgabe für Niederschlagswasser (Art. 6 Abs. 1 BayAbwAG)

Die Unternehmensträgerin ist für die Einleitung des aus dem Bereich bebauter oder befestigter Flächen abfließenden Niederschlagswassers gegenüber dem Freistaat Bayern grundsätzlich abgabepflichtig.

Über die Regenwasserkanalisation – Einleitungsstelle E1 – wird nach den vorliegenden Antragsunterlagen kein durch Gebrauch in seinen Eigenschaften verändertes behandlungsbedürftiges Wasser mit abgeleitet. Soweit die Anforderungen des zulassenden Bescheides erfüllt sind, besteht für die Einleitung Abgabefreiheit.

7. Einwendung

Frau Christine Brand, Oberwaltinger Straße 35, 94339 Leiblfing, brachte am 29.10.2021 fristgerecht bei der Gemeinde Leiblfing Einwendungen gegen das Vorhaben zur Niederschrift vor. Im Wesentlichen führt Frau Brand aus, dass durch die Niederschlagswassereinleitung eine Überlastung der Kanalisation eintritt und somit der Keller ihres Wohnhauses geflutet wird, da ihrer Meinung nach die Kanalisation für diese Wassermenge zu gering bemessen ist.

Das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf hat als amtlicher Sachverständiger im Rahmen der abschließenden Begutachtung die Einwendung zum Vorhaben geprüft. Die Überprüfung (nach BayernAtlas) der Grundstücksdaten ergab eine Höhenlage von ca. 375 m ü NN. Die Einleitungsstelle in den Vorfluter weist eine Höhenlage von ca. 361 m ü NN auf und befindet sich ca. 380 m Luftlinie entfernt.

Die Abtrennung von Teilströmen durch separate Einleitung von Niederschlagswasser in den Eschlbacher Wiesenbach trägt zur Entlastung des bestehenden Mischwasserkanals bei.

Die Beeinträchtigung der Einwenderin bezüglich der bestehenden Kanalisation ist mit der zuständigen Gemeindeverwaltung abzuklären (die Gemeinde Leiblfing kann die vorgebrachten Bedenken lt. Stellungnahme vom 25.10.2022 jedoch nicht nachvollziehen).

Die vorgebrachten Beschwerden und Bedenken hinsichtlich des hier behandelten Antragsgeschehens werden hiervon nicht berührt, da sich das Anwesen von Frau Brand lt. Gemeinde nicht einmal in der Nähe des Niederschlagswasserkanals befindet. Die Einwendungen werden daher als unbegründet zurückgewiesen.

Frau Christine Brand ist zwischenzeitlich verstorben. Da die Gesamtrechtsnachfolge noch nicht abschließend geklärt ist, erfolgt die Zustellung an den bestellten Nachlasspfleger.

Pflichtgemäßes Ermessen wurde ausgeübt.

8. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung stützt sich auf Art. 1, 2, 5, 6, 10, 11 und 15 des Kostengesetzes (KG) und die Tarifnummer 8.IV.0/1.1.4.5 des Kostenverzeichnisses zum KG.

Auslagen für das Gutachten des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf, den Postzustellungsauftrag und die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachung werden aufgrund von Art. 10 Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 3 KG erhoben.

Hinweise:

1. Für die erlaubte Gewässerbenutzung sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) mit den dazu ergangenen Verordnungen maßgebend. Die hiernach bestehenden Rechte, Verpflichtungen und Vorbehalte sind in den Inhalts- und Nebenbestimmungen dieses Bescheides grundsätzlich nicht enthalten.
2. Es wird empfohlen, das Betriebspersonal an der von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall – DWA Landesgruppe Bayern – eingerichteten Klärwärterfortbildung in den Kanal- und Kläranlagen-Nachbarschaften teilnehmen zu lassen.

3. Bei einer Ortseinsicht des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf konnte das bestehende Rückhaltevolumen des Grabens - 134 m<sup>3</sup> - rein optisch nicht nachvollzogen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die rechnerisch ermittelten Retentionsvolumina vorzuhalten sind!
4. Die Antragsunterlagen wurden durch das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf nur in wasserwirtschaftlicher Hinsicht geprüft. Diese Prüfung stellt keine bautechnische Entwurfsprüfung dar.
5. Die Belange des Arbeitsschutzes und die Standsicherheit wurden durch das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf nicht geprüft. Es wird empfohlen, für Anlagen und Einrichtungen, die nicht nach der Bayerischen Bauordnung genehmigungspflichtig sind, die Standsicherheitsnachweise durch ein Prüfam für Baustatik oder einen anerkannten Prüfenieur für Baustatik prüfen zu lassen.
6. Es wird empfohlen, für alle auf Privatgrundstücken verlegten Leitungen und Kanäle, für Zufahrten und Zugänge Grunddienstbarkeiten eintragen zu lassen.
7. Möglicherweise werden durch die vorgesehene Einleitung Belange Dritter beeinträchtigt (Vernässungen). Es wird empfohlen, die Planung dahingehend zu prüfen. Auf die diesbezüglichen Anmerkungen des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf zum Bebauungsplan darf verwiesen werden.
8. Rechen- und Sandfanggut, Fette sowie weitere entstehende Abfälle sind auf der Grundlage des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen. Sie sind soweit technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar, stofflich oder energetisch zu verwerten (Hinweis: Rechengut sollte vorrangig einer thermischen Behandlung zugeführt werden).
9. **Wird mit der Durchführung des Planes nicht innerhalb von fünf Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit begonnen, so tritt die gehobene Erlaubnis außer Kraft, es sei denn, sie wird vorher vom Landratsamt Straubing-Bogen um höchstens fünf Jahre verlängert.**

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg, Postfachanschrift: Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg, Hausanschrift: Haidplatz 1, 93047 Regensburg.**

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

  
**Seisler**  
Regierungsrat

